

21. Juni 2023

Ihr Ansprechpartner
Robert Kusche

Geschäftsführung

Durchwahl

Tel.: 0351. 5002567

Fax: 0351. 8894193

robert.kusche@raa-sachsen.dewww.raa-sachsen.de**Statement Vorstellung der Konzeptions- und Machbarkeitsstudie für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex in Südwestsachsen***Robert Kusche, Geschäftsführer des RAA Sachsen e.V.*

In fünf Jahren wollen wir gemeinsam einen authentischen Gedenk-, Erinnerungs- und Lernort zum NSU-Komplex in Chemnitz und Zwickau eröffnen. Die vorliegende Studie liefert wichtige inhaltliche Impulse für eine bundesweite Debatte und zeigt erstmals, dass dieses Unterfangen tatsächlich realisierbar und mit einem geschätzten Kostenrahmen von 24 bis 36 Mio. EUR auch finanziell umsetzbar ist. Es muss jetzt geklärt werden, wie eine langfristige Finanzierung für das Projekt sichergestellt werden kann. Es ist notwendig, dass der Bund sowie die Länder darüber zeitnah Gespräche führen.

Gründung einer privatrechtlichen Stiftung als strukturelle Grundlage der bundesweiten Aufarbeitung

Wir empfehlen die Gründung einer privatrechtlichen Stiftung, die von Bund und Ländern finanziert wird. In ganz Deutschland mordete der NSU an verschiedenen Orten und heute findet an unterschiedlichen Orten eine wichtige Aufarbeitung, Bildung und Gedenkarbeit statt. Um die Vielfalt der Orte und die Bemühungen engagierter Netzwerke aus Betroffenen, Aktivist*innen, Journalist*innen, Politiker*innen sowie Wissenschaftler*innen zu würdigen, bedarf es eines umfassenden Förderinstruments. Was einerseits die Arbeit eines sächsischen Dokumentationszentrums als wichtigen Ankerpunkt absichert und bundesweit an verschiedenen Orten Institutionen und Projekte fördert. Mit der Gründung einer privatrechtlichen Stiftung werden wir der bundesweiten Aufarbeitungsbewegung gerecht.

Wer entscheidet über die Arbeit der Stiftung?

Über die Belange der Stiftung entscheiden die Betroffenen der Taten sowie Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Medien und Kunst gleichberechtigt mit politischen Vertreter*innen von Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Sie werden von einem Jugendbeirat als Kuratorium begleitet. Wichtig ist die politische Signalwirkung für die Betroffenen und Hinterbliebenen, sie sollen gleichberechtigt eingebunden werden und Mitentscheiden.

Es ist notwendig, die zentralen strukturellen Bedingungen – Struktur aufbauen und absichern, Stiftung gründen und Betroffene auf Augenhöhe einbinden – zu verstehen. Dazu benötigt es eines kurzen Rückblickes.

In den Jahren 2000 bis 2007 wurden durch eine beispiellose Mord- und Anschlagsserie rechter Terrorist*innen insgesamt zehn Menschen aus dem Leben gerissen und zahlreiche weitere schwer verletzt und traumatisiert. Der Staat und seine Behörden haben die Taten nicht verhindert. Wir als weiße Mehrheitsgesellschaft haben die Stimmen und Forderungen der Hinterbliebenen nicht ausreichend wahrgenommen. Staatliches und gesellschaftliches Agieren verschlimmerte vielfach die Situation der Angehörigen und Überlebenden, indem sie unter Verdacht gestellt wurden, Ermittlungen in der neonazistischen Szene unterblieben und entsprechende Hinweise ignoriert wurden. Erst Jahre später und damit viel zu spät wurde das verantwortliche Täter*innen-Netzwerk öffentlich. Dieser Tag der Selbstenttarnung und Sichtbarwerdens des NSU ist mittlerweile mehr als zehn Jahre her.

Die Gründung eines Dokumentationszentrums ist daher auch ein Signal der Anerkennung an die Betroffenen: Staat und Gesellschaft zeigen, dass ein Lernen aus dem NSU-Komplex bitter nötig, nicht abgeschlossen und langfristig notwendig ist. Den Opfern, den Hinterbliebenen sowie uns als Gesellschaft selbst sind wir daher verpflichtet, die Umstände der Taten und das Netzwerk der Unterstützer*innen lückenlos aufzudecken.

Träger

RAA Sachsen e.V. • Bautzner Straße 45 • 01099 Dresden • Telefon +49(0)351.5002565 • Fax +49(0)351.8894193 • info@raa-sachsen.de • www.raa-sachsen.de • VR-Nr. VR 7566 Amtsgericht Dresden • St.-Nr.202/142/12316 Finanzamt Dresden • Commerzbank AG • IBAN DE33 8508 0200 0643 9986 00 • BIC DRESDEFF857 • Geschäftsführer Maren Düsberg und Robert Kusche •

Sachsen ist das Bundesland, in dem sich der NSU formierte und eingebunden in ein sowohl lokales als auch überregionales Netzwerk aus Unterstützer*innen Anschläge plante und durchführte. Die Verhältnisse, die dieses Agieren möglich gemacht haben, sind noch lange nicht aufgearbeitet, wenngleich sich viele oft ehrenamtliche Initiativen um Aufarbeitung bemühen. Sachsen war und ist ein Zentrum neonazistischer Organisation – damit einhergeht zwangsläufig rechte Gewalt. Trotz der großen Zahl von Betroffenen – allein in Sachsen haben wir seit 2009 5.447 direkt Betroffene rechtsmotivierter Angriffe gezählt – geraten diese schnell aus dem Blickfeld der öffentlichen Debatte. Um diesen zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen und der rechten Raumnahme etwas entgegenzusetzen, hat insbesondere die sächsische Zivilgesellschaft die Forderung nach einem Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex stark gemacht - und dies bereits seit 2013. Die Forderung: Die Aufarbeitung des NSU zu verstetigen, dem Thema einen eigenen physischen Raum zu geben und sich endlich im Osten der Republik zur gesellschaftlichen Vielfalt zu bekennen.

Eine Sondervotum 2019 von Bündnis90/ Die Grünen sowie der Partei Die Linke im Abschlussbericht zum zweiten NSU-Untersuchungsausschuss in Sachsen unterstrich die Forderung im politischen Raum und der aktuelle Koalitionsvertrag in Sachsen von Dezember 2019 erklärte die politische Absicht zu einer staatlichen Aufgabe. Wie wichtig der zivilgesellschaftliche Druck ist, verdeutlicht exemplarisch der offene Brief von ASA FF sowie dem RAA Sachsen von 2021. Unserer Forderung, ein NSU-Dokumentationszentrum auch im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grüne und FDP auch auf Bundesebene zu verankern, haben sich damals mehr als 280 Menschen angeschlossen. Dem kamen die Ampelparteien 2021 nach. Erinnerung sei an dieser Stelle auch daran, dass die ehemalige Bürgermeisterin von Zwickau, Frau Pia Findeiß diese Forderung ebenso mitgetragen hat.

Die nun vorliegende Studie skizziert auf knapp 200 Seiten, wie ein Dokumentationszentrum aussehen kann. Das Dokumentationszentrum will Beteiligungsräume schaffen und Menschen verbinden, marginalisierter Perspektiven sichtbar machen und zeigen; durch Aufklärung und Erinnern Inhalte vermitteln; sowie neues Wissen schaffen und bestehendes Wissen bewahren.

Diese Studie wäre nicht möglich gewesen ohne die breite Unterstützung durch mehr als 100 Menschen, die während der drei Fachforen im Frühjahr 2022 in Chemnitz mit uns intensiv mitgedacht und mitdebattiert haben. Unserem Gründer*innen und Unterstützer*innenkreis, die uns stets kritisch begleitet haben. Den Referent*innen und dem Referatsleiter im Sächsischen Justizministerium für Demokratie, Europa und Gleichstellung. Sowie den Mittelgebern dieser Studie: Zu danken ist hier insbesondere dem bereits erwähnten Ministerium, der Amadeu Antonio Stiftung, der Stiftung Weiterdenken – die Heinrich-Böll-Stiftung in Sachsen sowie dem Bundesprogramm Demokratie Leben. Einen besonderen Dank an dieser Stelle an unseren Kooperationspartner ASA-FF sowie die drei Autor*innen der Studie: Jörg Buschmann, Dana Schlägelmilch und Hannah Zimmermann.

Lassen sie mich meine zentralen Punkte noch einmal zusammenfassen:

- Finanzielle Absicherung – Gespräch zwischen Bund und Länder angehen
- Wir müssen eine Stiftung gründen, die dem bundesweiten Aufarbeitungsbestreben gerecht wird und die Betroffenen auf Augenhöhe in alle Entscheidungsprozesse einbindet
- und wir müssen die bundesweite Debatte über die Inhalte weiter vorantreiben

Träger

RAA Sachsen e.V. • Bautzner Straße 45 • 01099 Dresden • Telefon +49(0)351.5002565 • Fax +49(0)351.8894193 • info@raa-sachsen.de • www.raa-sachsen.de • VR-Nr. VR 7566 Amtsgericht Dresden • St.-Nr.202/142/12316 Finanzamt Dresden • Commerzbank AG • IBAN DE33 8508 0200 0643 9986 00 • BIC DRESDEFF857 • Geschäftsführer Maren Düsberg und Robert Kusche •